Die Staats-Zeitung.

Joh. Georg Ripper,
Herausgeber und Eigenthümer.

Lancaster, Pa.

Donnerstag, Nov. 15, 1866.

☞Wir haben gerade noch Platz für zwei Turkeys für den Danksagungstag; also, Mr. Turkey, please come up!

Ehre, dem Ehre gebühret.

Die demokratischen Blätter New Yorks sind voll des Lobes über das noble Verhalten der Deutschen in der Stadt New York, da sie bei der Wahl fast alle für das demokratisch-conservative Ticket stimmten! Wir erwähnen dieses mit innigem Stolz, weil es zeugt, daß es noch Deutsche giebt, die ihr heiligstes Recht nicht verschachern, wie es anderwärts bei der letzten Wahl leider zu viel der Fall war. Kein Wunder, daß die Stadt New York allein 47,000 Mehrheit für den Demokrat, Hrn. Hoffmann, gab!—Die Ursache dieser enormen Stimmenmehrheit war das despotische Verfahren der radikaleu Gesetzgebung und des Gouvernörs jenes Staates in der Passirung strenger Temperenz- und Muckergesetze. Alle Ehre den Deutschen von New York; sie haben sich mit vollem Ruhm bedeckt.

Hört, und staunet!

Der hiesige „Vaterlands-Wächter" von letzter Woche brachte nns folgende glorreiche Neuigkeit:

„Gouv. Curtin bringt dem guten Volk von Pennsylvanien in einer Proklamation die erfreuliche Kunde, daß **er** während des letzten Finanzjahrs die Schaatsschuld **wieder** um $1,185,000 **verringert habe.**"

Wie? was? Gouv. Curtin hat die Staatsschuld um mehr als eine Million Dollars verringert? Ist's ein Traum, oder blos Phantasie? Wir rieben uns die Augen, und auch unsere „Spektikels", um genau zu sehen ob wir die Worte richtig gelesen hatten, allein da stund's „schwarz auf weiß", und lautete wirklich: Gouv. Curtin habe "die Staatsschuld um $1,185,000 wieder verringert."—Hur-r-r-r-r-r-rah! Freue dich, **gutes** Volk von Pennsylvanien, denn dein Gouvernör bezahlt **deine Schulden!** Jubelt, ihr Bauern, ihr Geschäftsleute, und auch ihr Taglöhner, die ihr mit „saurem Schweiß euer bischen Brod verdienet", jubelt Alle laut auf, denn der Tag der Erlösung (von euren Schulden) naht mit raschen Schritten heran!

Doch,—nicht so voreilig! Vielleicht „machten wir die Rechnung ohne den Wirth," was man nie thun soll. Oder wollte unser schlauer Nachbar vom „Vaterlands-Wächter" den Gouvernör blos ein wenig „aufpuffen," indem er so prahlerisch ausposaunt, daß **er** (der Gouvernör) die Staatsschulden verringere? Wir waren immer der Meinung, und sind es jetzt noch, daß **das Volk, und nicht der Gouvernör** die Staatsschuld (in Taxen natürlich) bezahlt. Wie ist's, Herr Nachbar: hat Gouv. Curtin **wirklich** die Staatsschuld verringert? Oder—oder—ist's nur Humbug. Heraus mit der Farbe. Aber ein's bitten wir, daß Sie weder uns noch Ihren Lesern blauen Dunst vormalen oder Sand in die Augen zu streuen suchen, indem Sie solch' dummes Zeug in die Welt hineinschwatzen.

So muß es kommen.

Wir theilten in unserer letzten Nummer mit, daß man im Yankeestaat Massachusetts Neger als Candidaten für verschiedene Aemter aufgenommen habe. Es stellt sich nun heraus, daß die Radikalen wirklich zwei in der Wolle geborene Niggers als Mitglieder der Gesetzgebung jenes Staates, nämlich Charles L. Mitchell von Boston, und Edward G. Walker von Charlestown, mit bedeutenden Mehrheit:n über **weiße Männer** erwählt haben! So muß es kommen! Wer jetzt noch glaubt, daß die Radikalen **nicht für** das Neger-Stimmrecht sind, der lasse sich besser heimgeigen. Wie gefällt unsern deutschen republikanischen Freunden dieser „Fortschritt"? Haben die Radikalen in Massachusetts nun Neger in ihre Gesetzgebung erwählt, so wird's nicht lange dauern, bis sie auch im Congreß durch den Sambo vertreten sind.

Massachusetts ist der erste Staat der Union, der sich zur Negergleichheit herabwürdigte. Und wie lange wird es dauern, bis es auch in Pennsylvanien so weit kommt? Wäre morgen eine Wahl, um den Negern in diesem Staate dieselben Rechte wie in Massachusetts zu verleihen, unser Wort dafür, die Radikalen würden alle **dafür** stimmen.

In Ohio stimmten Tausende von Negern bei der letzten Wahl das republikanische Ticket; deßhalb auch die große Mehrheit der Radikalen.

Ho, ho!

Die Radikalen sprechen davon, das berüchtigte „Registrirungs-Gesetz" (wie in Marylamd) auch in Pennsylvanien einzuführen! Wieder einen Schritt näher zur Monarchie! Als drauf, das Volk läßt sich ja knebeln! Was nächst?

Wer wird Ver. Staaten Senator?

Bekanntlich hat die Gesetzgebung von Pennsylvanien bei ihrer nächsten Sitzung einen Ver. Staaten Senator an die Stelle des Achtb. Edgar Cowan, dessen Dienstzeit am nächsten 4. März zu Ende geht, zu erwählen.

Da die Radikalen in beiden Häusern der Legislatur eine überwiegende Mehrheit haben, so steht natürlich zu erwarten, daß einer ihrer Getreuen als Nachfolger des Senator Cowans erwählt wird; wer aber der Glückliche sein mag, das wissen die Götter.

Hr. Cowan, obschon ursprünglich ein Republikaner und warmer Anhänger des betrauerten Lincoln, hat „seine Suppe verschüttet,"—wie man zu sagen pflegt,—indem er sich nicht zum Werkzeuge der fanatischen Umsturzparthei hat gebrauchen lassen, sondern unerschrocken und standhaft die Aufrechterhaltung der Union und Constitution vertheidigte. Ihn zu erwählen, ist also rein unmöglich.

Angesichts dieses Umstandes agitiren die radikalen Drahtzieher schon seit einigen Wochen die Frage: Wer soll als Ver. Staaten Senator erwählt werden? Die Sache hat bereits böses Blut unter ihnen erweckt, indem sie sich wegen der Besetzung der Ehrenstelle gleichwie hungrige Hunde um einen Knochen herumbeißen. Col. M'Clure von Chambersburg, ein schlauer Politiker, ist zu Gunsten Gouv. Curtin's, während der letzthin erwählte Repräsentant, Col. Stambach, von ebendaselbst ein warmer Freund Simon Cameron's ist. Nebst Cameron und Curtin haben sich auch noch "Dead Duck" Forney, Thad. Stevens und Andere gemeldet. In neuerer Zeit hat sich der Streit unter den Radikalen näher zusammengezogen, indem Forney und Stevens in den Rumpelkasten geworfen, und Cameron und Curtin in den Vordergrund geschoben worden.

Da wir Demokraten in diesem „Hundegefecht der radikalen Familie" blos das Zusehen haben, und folglich weder den wackeren Cowan noch sonst einen guten Mann als Senator diesmal erwählen können, so ist es uns einerlei, ob „Hanns oder's Hännsche" erwählt wird; Sambo ist und bleibt ja doch Sambo. Doch, nach allem was wir von den beiden erwähnten Rivalen wissen, zu urtheilen, so sind wir geneigt unsern "Stove-pipe" zu wetten, daß der alte Winnebago Chef—Simon Cameron—erwählt wird. Von Beiden ist er unstreitig der „gewichtigste" Mann; er hat Geld, und da heutzutage „Geld die Welt regiert," und da besonders die Radikalen nach Geld, wie hungrige Tiger nach Beute haschen, so ist Cameron gerade der Mann, der dieselben zu sich gewinnen **kann** und **wird.**

Das Resultat in Maryland.

Unter allen Staaten der Union, in welchen letzthin Wahlen stattfanden, hat Keiner die Aufmerksamkeit des Volkes mehr in Anspruch genommen, als unser Nachbarstaat Maryland. Schon seit Jahren durch das tyrranische Joch der Radikalen niedergebeugt, und neuerdings wieder durch den Versuch der elenden Polizei-Commissäre Baltimore's, eine große Mehrheit des Volkes seiner Rechte zu berauben, war es dann ein Wunder, daß sich aller Augen auf Maryland gerichtet hatten? Der Tag der Entscheidung kam, und siehe da! das Volk von Maryland hat in Donnertönen gesprochen, und hat die Fesseln, mit welchen es gekettet, zersprengt, und von sich abgeschüttelt! es hat, wie die New Yorker Staatszeitung treffend bemerkt, trotz des despotischen Discriminirens (Unterscheidens) eines radikalen Registrirungs-Gesetzes, welches alle sogenannte "rebel sympathisers" vom Stimmen ausschloß; trotz dem daß die abgesetzten Polizeicommissäre die Wahlen in Baltimore controllirten, und Dutzende von Demokraten und conservative Republikaner in's Gefängniß schleppten; trotz des Gen. Sigel und seiner „Boys in Blue," (Soldaten, die während dem Kriege **zu Hause blieben!**) denen Sigel für ihr muthiges Verhalten bei der neulichen Aufregung seinen Dank abstattete; — trotz alledem, hat das Volk von Maryland sein Verdammungsurtheil **gegen** die radikalen Revolutionäre ausgesprochen. Von den gewählten Fünf Congreß-Repräsentanten sind vier Conservative; die Gesetzgebung ist überwiegend conservativ, sowie alle erwählten Staatsbeamten.

Die von Gov. Swann ernannten Polizei-Commissäre wurdrn erst **nach** der Wahl ihrer Haft entlassen; es heißt, sie hätten Klage gegen Richter Bond für gesetzwidrige Einkerkerung eingebracht; wir wollen hoffen, daß es wahr ist. Sei dem wie ihm wolle, mögen die Gerichte auch später durch ihre Entscheidung den Gesetzen Anerkennung verschaffen, die Radikalen wußten vor und während der Wahl den gesetzlichen Autoritäten H. hn zu sprechen. Die Umstürzler blieben Herrscher der Situation; und damit ihrer Willkühr ja nicht das geringste Hinderniß im Wege stehe, wurde die Behauptung aufgestellt, daß die Wahlrichter das Recht haben, die Annahme der Stimmen auch solcher Bürger, die registrirt sind und die den vorgeschriebenen Eid geleistet, zu verweigern, wenn sie glauben, daß der Stimmgeber mit der Rebellion sympathisirt habe!

Dadurch glaubte man unter allen Umständen des Resultates der Wahl sicher zu sein. Aber es kam anders. Der freche Uebermuth der Radikalen machte selbst ihre Freunde bedenklich, die Mehrzahl wandte sich mit Ekel von diesem wahnsinnigen Treiben ab, und das am Wahltage abgegebene Verdikt ist, trotz aller Eingriffe und Beschränkungen, die Niederlage der Radikalen. Heil, Maryland, heil!

Welche Tragweite die Wahl in Maryland auf die übrigen Staateu haben wird, darüber lassen wir den „Baltimore Correspondent" selbst reden:

„Maryland ist allerdings nur ein kleiner Staat, aber als Mittelpunkt zwischen den Elementen, die sich bisher schroff einander gegenüberstanden, ist sein Wort von Bedeutung. Es empfängt seine Eindrücke von beiden Seiten und seine Männer gehören zu Jenen, welche seit der Begründung unserer Republik wohl manchmal vom Wege des abstrakten Rechtes abgewichen sein mögen, die aber niemals angestanden haben, ihr Unrecht einzugestehen, und dessen Volk das einmal gegebene Wort zur Aufrechthaltung des Compakts, des Bundes unserer Staaten, niemals gebrochen hat. Das Verdienst dafür gebührt nicht den Söldlingen der ablitionischen Propaganda, es gebührt uns selbst, und alle Sophisterei der Gegner, die besonders bei'm Beginne unserer unglücklichen Wirren hin- und herschwankten, können den denkenden Beobachter nicht vom Gegentheil überzeugen.

Für unseren Handel und unseren Verkehr, für unsere Fabriken und Werkstätten ist das vorgestrige Resultat der Wahl von umberechenbarer Bedeutung. Es hat uns erlös't von dem Joche einer bösen Hrrschaft und das legitime Feld unseres Verkehrs uns auf's Neue eröffnet. Mögen auch die Aussichten anderwärts noch so dunkel sein, unser Wort dafür, daß der Geist, welcher hier vorgestern unter der größten Widersacherei und der brutalsten Willkür durchdrang, sich, wenn auch langsam, aber sicher, Bahn brechen wird zum Heile der Republik und der Union!

Maryland steht heute fester auf Seite der Letzteren, als je zuvor.

Freie Bahn ist hier der Union gebrochen worden und die revolutionären Interessen von welcher Seite auch dieselben kommen mögen, für immer zu Grabe getragen."

Die deutsche Sprache in unsern öffentlichen Schulen.

In der letzten Nummer der „Staatszeitung" theilten wir unsern Lesern mit, daß die Schulbehörde von Lancaster City, trotz dem Gesuch einer großen Anzahl Bürger jener Stadt, sich **gegen** die Einführung der deutschen Sprache in den öffentlichen Schulen daselbst entschieden habe. Zugleich gaben wir auch theilweise die Gründe welche die Schulbehörde dazu bewog, bemerkten aber, daß ihre lahme Entschuldigung nicht stichhaltig sei.

Um jedoch der Schulbehörde zu zeigen, wie falsch und unzulässig ihre Ansichten in dieser wichtigen Sache sind, geben wir nachstehenden Bericht des Präsidenten der Erziehungs-Behörde von Chicago, wo seit einem Jahre die deutsche Sprache in den Schnlen eingeführt ist. Der würdige Präsident sagt über den Erfolg derselben:

„Bei der vorjährigen Eröffnung unserer Schuleu wurde der Unterricht im Deutschen in einer unserer Schulen versuchsweise eingeführt und Mrs. P. M. Reed an jener Schule als Lehrerin angestellt. Wie die Freunde dieses Unternehmens erwarteten und zum Erstaunen Vieler, welche die Politik und die Nützlichkeit dieses Lehrcursus bezweifelten, fanden wir nach drei bis vier Monaten, daß die Schüler (meistens Amerikaner) die deutsche Sprache ganz gut lesen, schreiben und sprechen und zu gleicher Zeit auch die Prüfungen in ihren englischen Studien gut bestanden. Die Folge ist, daß nun beinahe aus allen Schul-Distrikten Applikationen für Einführung der deutschen Sprache durch Anstellung geeigneter Lehrer an den betreffenden Schulen einlaufen. Da diese Bittent von Seiten der Eltern und Vormünder kommen, haben wir beschlossen, dieselben soweit als möglich zu erfüllen. Ich weiß wohl, daß die Einführung dieses Lehrzweiges, so viel ernste und eifrige Freunde sie auch zählt, auch viele Gegner hat, die behaupten, daß wir kein Recht hätten, die Schulfonds auf diese Art auszugeben, und daß die Folgen davon sei, die Amerikaner zu germanisiren und nicht die Deutschen zu amerikanisiren. Die Meinung, die ich mir aus eigener Erfahrung gebildet habe, ist, daß das Studium und die Kenntniß der deutschen Sprache in geschäftlicher Beziehung ein Bedürfniß ist, daß die Kenntniß und die Literatur dieser Sprache unserm Erziehungssystem Ausdehnung und Kraft giebt, und daß es wirklich eins der besten Mittel ist, unsere deutsche Bevölkerung dadurch zu amerikanisiren, daß wir uns in allen unseren Handlungen und in allen Vorkommissen des menschlichen Lebens, sowohl politischen wie commerciellen, religiösen wie socialen, mit ihnen in sociale und familiäre Berührung bringen, in welcher Hinsicht, so lange wir uns unsererseits nicht ihrer Sprache bedienen können, die gegenseitigen Beziehungen nur fremdartig, mißtrauenerregend und langweilig sein und in keinem großen Maßstabe mit der ersten in keinem viel größeren Maßstabe mit der zweiten Generation hergestellt werden können.

Es ist dies anders, wenn wir uns ihnen gleich in ihrer Sprache nähern können. Andere wenden ein, daß unsere Schüler im besten Falle nur kurze Zeit in der Schule gelassen werden und darn durch die Nothwendigkeit, für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten oder um ihre Eltern ernähren zu helfen, herausgenommen werden, und daß sie daher keine Zeit zum deutsch lernen und nur sehr wenig Zeit um einfach lesen und schreiben zu lernen haben. Allein Niemand ist gezwungen deutsch zu lernen, und ist es denen, die dem Studium desselben keine Zeit und Aufmerksamkeit widmen wollen, durchaus nicht im Wege. Und es wäre viel besser für die gegenwärtig sowie die zu künftige Generation, wenn die Unsitte, Kinder mit 14 Jahren aus der Schule zu nehmen, um sie arbeiten zu lassen, oder sie zu diesem, oder was oft der Fall ist, zu einem noch schlimmeren Zweck, ganz aus der Schule zu nehmen, gesetzlich controllirt werden könnte und Alle gezwungen wären, die Schule zu besuchen, bis sie durch ihr reiferes Alter und größere Kraft, ohne Schaden für ihre Constitution, zur Arbeit vorbereitet wären.

Die alten Griechen widmeten ihren Kindern besondere Sorge, aber ganz besonders den Knaben, die unter der Ansicht des Staates gehörig genährt, erzogen und ausgebildet wurden; die Entwickelung ihres Wachsthum's und ihrer Körper-Constitution wurde für außerordentlich wichtig gehalten und deßhalb erzogen sie Männer, Männer die etwas ertragen konnten, Männer von hoher Intelligenz, Körperkraft und Ausdauer und keine geistigen und körperlichen Zwerge, die früh starben, wie es so viele in diesem Zeitalter der Vernachlässigung, der Arbeit und der Schwäche gibt. Wir sollten unseren Kindern Zeit genug geben, um eine gute Ausbildung zu erlangen und ihren Körper vollständig zu entwickeln, ohne dadurch die Arbeit von dem Studium zu trennen, denn wir könnten unsere Kinder ebensogut durch hartes Studium, als durch harte Arbeit auf dem Felde oder in der Werkstätte ruiniren; und vielleicht liegt der große Fehler unserer Schulen darin, daß sie mit solch' reitzender Schnelligkeit durch den Studien-Cursus getrieben oder gejagt werden, daß oft ihre Gesundheit und ihre Lebensaussichten beschädigt werden. Ich bin überzeugt daß dies ein Irrthum in unserem Schul-System ist, der unsere größte Aufmerksamkeit verdient und sobald wie möglich verbessert werden sollte.

In obigen begründeten Thatsachen erhält die hochweise (?) Schulbehörde von Lancaster City einen wohlverdienten Nasenstüber; zu wünschen wäre es, wenn sie denselben auch beherzigen, und selbst darnach handeln würde. Wird sie es thun?

Telegraphisches.

Der Aufruhr in New-Orleans, Sekretär Stanton und der Präsident.

Washington, 10. Nov. — Im hiesigen „National Republican" vom vorigen Freitag erschien Folgendes:

Zwei Tage vor dem furchtbaren Conventions-Aufruhr, der sich in New-Orleans ereignete, hat General Baird folgende wichtige Depesche an den Secretär Stanton gesandt:

„New-Orleans, La., 28. Juli 1866.

An Herrn Edwin M. Stanton, Kriegs-Sekretär.

Eine Convention ist mit Sanction des Gouverneurs Wells auf den Montag hieher berufen worden. Der Vice-Gouverneur und die Stadtbehörden glauben, daß sie ungesetzlich sei, und schlagen vor, dieselbe durch die Verhaftnahme der Delegaten auseinander zu sprengen. Ich habe in der Sache keine Ordres ergeben, jedoch den Parteien bedeutet, daß ich eine solche Action nicht genehmigen könne, so lange ich hiezu vom Präsidenten keine Instruction erhalten habe. Ertheilen Sie mir gütigst die Instruktion sofort per Telegraph.

A. Baird,
Brevet General-Major.

Die Depesche trägt folgendes offizielle Memorandum:

Office der Ver. Staaten Militär-Telegraphen, Hauptquartier des Kriegs-Departements.

Das folgende Telegramm empfangen um 10.24 Nachmittags am 28. Juli 1866."

General Baird beklagt sich offiziell, daß er auf kine Antwort auf seine wichtige Depesche gewartet, aber eine solche niemals empfangen habe. Es findet sich unter den offiziellen Depeschen, die der „Republican" auf Befehl der Regierung veröffentlicht hat, kein Beweis, daß Stanton jene überaus wichtige Depesche jemals selbst beantwortet, und es ist positive Thatsache, daß er sie niemals an den Präsidenten gesendet hat, als nach Verfluß mehrerer Wochen nach dem Aufruhr. Hätte der Präsident obige Depesche des General Baird gesehen, dann würde sich der Aufruhr in New-Orleans niemals ereignet haben. Warum Sekretär Stanton weder die Depesche selbst beantwortet, noch dem Präsidenten von dem Vorhandensein Nachricht gegeben hat, das ist eine Sache, die erst noch aufgeklärt werden soll.

Ungeachtet dieser anscheinend großen Nachlässigkeit des Herrn Stanton kann indessen kein vernünftiger Mensch den Tadel zurückhalten, der den General Baird trifft, weil er Aufruhr, Blutvergießen und Mord in den Straßen von New-Orleans am 13. Juli 1866 zugelassen hat. Er hätte alle Unruhen verhindern können, wenn er einen Offizier seines Stabes, geschmückt mit der föderalen Feldbinde und mit dem Säbel als Dienstes-Emblem versehen, hingesandt hätte, und alle Parteien, die Conventionisten sowie jene, die dem Vice-Gouverneur und den Stadtbehörden folgten, gewarnt und denselben bedeutet hätte, daß er keine ungesetzlichen Auftritte von irgend einer Seite her gestatten werde. Wenn die sogenannte Convention ihre Farce in Frieden zu Ende gebracht hätte, dann hätte daraus nichts Schlimmes entstehen können, und es würden sich nichts Derartiges ereignet haben, wenn entweder Secretär Stanton zwei Tage vor dem Aufruhr seine Pflicht in Washington, und General Baird die seinige an jenem Tage erfüllt hätte, welchem sie vorfiel. Das Publikum erwartet begierig die Erklärung Seitens des Sekretärs Stanton, warum er weder die Depesche des Generals Baird beantwortet, noch dem Präsidenten Gelegenheit gegeben hat, es zu thun.

Präsident Johnson an Gouverneur Throckmorton von Texas.

Washington, 9. Nov. Präsident Johnson schrieb am 30. October an den Gouverneur Throckmorton von Texas in Erwiederung auf eine Depesche des Letzteren: „Er verlange von den südlichen Gesetzgebungen nicht mehr, als daß sie die Gesetze so abschaffen, daß die bürgerlichen Rechte aller Personen wo möglich und so weit thunlich gerecht, billig und gleich sind, und zwar ohne Rücksicht auf die Farbe der Bevölkerung. Man dürfe an der Zukunft der Republik nicht verzweifeln. Sein Glaube stehe fest. Er baue unbedingt auf die Weisheit, Klugheit, Einsicht und Großmuth der großen Massen des Volkes, welcher einst, unbeeinflußt von Vorurtheil und Leidenschaft, welche in unserem letzten Bruderkriege so reiche Nahrung fanden, darauf dringen werde, daß die alte Union wieder hergestellt und die loyalen Repräsentanten im Congresse der Vereinigten Staaten zugelassen werden müssen."

Man sieht daraus, daß der Präsident durch die Octoberwahlen nicht veranlaßt werden konnte, von seiner Politik abzugehen, und er fest wie ein Fels auf derselben steht.

Das Verfassungs-Amendement in Georgia verworfen.

Milledgeville, 9. Nov.—Die Gesetzgebung hat heute das Verfassungsamendement verworfen. Die betreffenden Beschlüsse lauten:

Beschlossen, daß es die Gesetzgebung von Georgia ablehnt, das Amendement zum Art. 14 der Constitution zu genehmigen.

Im Senat wurde beantragt, die Entscheidung in der Frage zu verschieben; obige Resolution wurde jedoch einstimmig mit 36 Stimmen angenommen. Im Hause stimmten 131 für und nur 2 Mitglieder gegen den Antrag.

Die Abgeordneten Ellington und Humphreys begründeten im Namen des Ausschusses obigen Antrag in längeren Vorträgen. Aus denselben ist die Ausführung folgender Punkte wichtig:

1) Nur allein die **Staaten** der Ver. Staaten sind ermächtigt, Constitutionsamendements in Berathung zu ziehen.

2) Ein solches Amendement muß von Zweidrittel des Congresses oder den Legislaturen von Zweidrittel der Staaten vorgeschlagen werden.

3) Georgia war einer der Unionstaaten und muß als solcher immer fortbestanden haben, es sei denn, daß er sich das Recht der Secession vorbehalten oder der Föderalregierung das Recht zugestanden habe, diesen Staat auszustoßen.

4) **Georgia und die anderen Staaten sind integrirende Theile des Congresses und es kann kein constitutioneller Congreß zusammenkommen, so lange solche integrirende Theile gewaltsam ausgeschlossen sind,** und da das Amendement nicht von Zweidrittel des constitutionellen Congresses vorgeschlagen ist, empfielt das Comite den Antrag auf Nichtannahme desselben.

Annäherung Englands an die Ver. Staaten.

Washington, 9. Nov. Unsere Beziehungen zu England gestalten sich, wie man in diplomatischen Kreisen annimmt, von Tag zu Tag besser. Die englische Regierung ist den Ver. Staaten so freundlich entgegengekommen, daß man wohl annehmen darf, daß unsere Entschädigungsansprüche an England auf ganz friedliche Weise geschlichtet werden.

Die Wahl in New-York.

Fenton ist wieder als Gouverneur von New-York erwählt Und diesmal durch wen? — Durch die Irländer, die Fenier!

Von den Congreßmitgliedern haben die Demokraten 13 erwählt und die Radikalen 18.

Von Maryland.

Baltimore, 7. Nov. Aller Chicanen der Polizeicommissäre zum Trotz haben doch die Conservativen im Staat Maryland gesiegt; die Legislatur ist conservativ. In gemeinschaftlicher Abstimmung werden die Conservativen eine Majorität von 20 bis 30 haben und den radicalen Bundessenator-Candidaten Creswell schlagen können. Die Demokraten haben von 5 Congreßmännern 4 gewählt. All die conservativen Staatsbeamten sind gewählt worden. Obgleich die radicalen Wahlrichter Tausende registrirter Stimmgeber zurückwiesen, getrauten sie sich doch nicht, ihren Trug weiter zu führen. Heute werden sich die radicalen Wahlrichter gezwungen sehen, an 21 conservative Mitglieder der Legislatur aus der Stadt Baltimore allein die Wahl-Certificate zu ertheilen.

Die Wahl in New Jersey.

Newark, N. J., 7. Nob. Der Republikaner Hill ist über Rogers, mit einer Majorität von 4500 für den Congreß gewählt worden. Man glaubt, daß Newell im 2. District wieder gewählt wurde.

Trenton, 7. Nov. Der Demokrat Charles Haight ist im 2. Distrikt mit einer Majorität von über 200 gewählt worden. Die beiden Zweige der Legislatur sind republikanisch.

Die Wahl in Michigan.

Detroit, 6. Nov. Die republikanischen Congreß-Candidaten sind mit vermehrten Majoritäten gewählt worden. Die Majorität im Staat beträgt 25,000. Die Congreß-Delegation ist folgendermaßen zusammengesetzt: 1. District: F. C. Beaman, widergewählt; 2. Disirict: Charles Upson, wiedergewählt; 3. District; Austin Blair, für den Demokraten John W. Longyear; 4. District: T. W. Ferry, wiedererwählt; 5. District; R. E. Trowbridge, wiedererwählt; 6. District: John F. Driggs, wiedergewählt, sämmtlich Republikaner.

Die Wahl in Vermont.

Burlington, 7. Nov. Am Dienstag fand die Wahl eines Congreß-Mitgliedes für den dritten District statt.

Die Wahlberichte scheinen anzudeuten, daß Worthington C. Smith von Albans bis jetzt 2442 Stimmen erhalten hat, während der conservative Asa O. Aldis und der Demokrat Waldo Brigham, dessen beide Gegencandidaten zur Zeit noch nicht mehr als 1271 und respective 1178 Stimmen aufzuweisen haben.

Die Wahl in Delaware.

Die Demokraten im Staat Delaware haben Saulsbury zum Gouverneur und Nicholson in den Congreß erwählt. Jeder derselben erhielt eine Majorität von beiläufig 500.

Die Wahl in Minnesota.

St. Paul, 7. Nov. Im ersten District wurde der Republikaner Windsor mit 500 Majorität für den Congreß nominirt. Im 2. Congreß-District erhielt der Republikaner Donnelly 2500 Majorität: Das ganze Staats-Ticket ist mit einer Majorität von beiläufig 7000 gewählt worden.

Die Wahl in Missouri.

St. Louis, 8. Nov. Nicht genug, daß man die größte Zahl der stimmberechtigten Bürger durch ein infames Registrirungsgesetz um ihr heiligstes Recht betrogen, haben die Radikalen selbst bei der Wahl in hiesiger Stadt unter den erbärmlichsten Verläumdungen über 3000 einregistrirte Bürger nicht stimmen lassen. So sicherten sich diese Partei der Freiheit, des Fortschritts und der hohen moralischen Ideen ihre Wahlsiege um sich auch ferner im Besitze der Macht zu erhalten.

Und die Demokraten lassen sich dieses alles gefallen? — Na, da steht einem drum doch der Verstand still. — Anm. d. Red.

Besorgnisse einer Theurung und Noth in New-Orleans.

New-Orleans, 9. Nov. Da die Baumwollenerndte schlecht ausfällt und das Geld hier sehr rar ist, fürchtet man eine finanzielle und commercielle Crisis.

Nordamerika und Mexico.

Washington, 9. Nov. Es dürfte sich leicht ereignen, daß in kurzer Zeit Truppen der Ver. Staaten zu Gunsten der Juarez Regierung in Mexiko einmarschiren.

Von Baltimore.

Baltimore. 11. Nov. Man sieht hier mit Ungeduld der Entscheidung des Richters Bartol in der Habeas Corpus Angelegenheit der vom Gouverneur Swann ernannten neuen Polizei-Commissäre, und in Sachen des Sheriffs Thompson, der arretirt worden ist, weil er dem Ansinnen seiner Commissäre gemäß, eine Hülfsmannschaft zu sammeln suchte, entgegen. Vermuthlich wird die Entscheidung auf die Frage in Bezug der Legalität des Verfahrens des Gouverneurs Swann, und die daraus sich folgende Legalität oder Illegalität des Verfahrens des Richters Bond, eingehen. Man glaubt allgemein, daß Gouverneur Swann sofort eine Extra-Session der Legislatur einberufen, und derselben Fragen von der größten Wichtigkeit für die Bevölkerung des Staats, zur Erwägung vorlegen wird.

Es geht Gerücht, daß die Wahlrichter aus nicht erklärten Gründen zögern, gehörigen Bericht über die Anzahl der in der letzten Wahl abgegebenen Stimmen zu erstatten.

In gutunterrichteten Kreisen geht das Gerücht, daß sobald der Congreß sich versammelt auf das Impeachment des Präsidenten gedrungen werden soll.

Nachträglich. — Seit Obigem hat Richter Bartol sein Gutachten dahin abgegeben, daß Gouv. Swann in der Absetzung der alten Polizei-Commissäre gesetzmäßig gehandelt habe. Diese gerechte Entscheidung verursachte großen Jubel unter den Freunden des Gouvernörs. Die Wahrheit hat gesiegt!

Von Tennessee.

Nashville, 11. Nov. In keinem der Häuser der Legislatur kam ein Quorum zu Stande. Gouverneur Brownlow's Empfehlung bezüglich des Negerwahlrechts wird schwerlich berücksichtigt werden, wenn nicht anderweitige Bedingungen angefügt werden.

Unparteiisches Stimmrecht und allgemeine Amnestie dürften eher die Oberhand gewinnen. Wegen der Mißernte herrscht große Noth unter dem Volke. Der Steuer-Collector der County Rhea allein bietet 15,000 Acker Landes zum Subhastations-Verkauf wegen rückständig gebliebener Steuern aus. In keinem einzelnen Fall überstieg der Steuerrückstand $5.

Der Bundessenator von New-Jersey.

Trenton, N.-J., Nov. 12. — Gouvernör Ward hat heute deu Herrn Frederick T. Frelinghuysen dazu ernannt, den Rest des Amtstermins des verstorbenen Bundes-Senators William Wright auszufüllen.

Von Texas.

New-Orleans, 10. Novbr. Das Houston Journal sagt, daß General Sheridan dem Gouverneur Throckmorton von Texas eine Ordre des General Grant mitgetheilt hat, in welcher derselbe die Annullirung der General-Ordre No. 3. anerkennt, welche die Militär-Commandeure des Südens anweist, alle Individuen zu arretiren, die gewisser Vergehungen angeschuldigt sind, und gegen welche die Civilbehörden nicht einschreiten mögen, oder nicht können.

Der „Houston Telegraph" veröffentlicht folgende Depesche:

Washington, D. C., 30. Oktober 1866.

An Gouverneur J. W. Throckmorton, Austien, Texas.

Ihr Telegramm vom 29. d. Mts. habe ich soeben empfangen. Ich habe weiter keinen Vorschlag zu machen, nur ermahne ich die Legislatur, alle Gesetze, in welchem die Civilrechte involvirt sind, so vollständig als möglich zu machen, so daß sie gleichheitliche und gehörige Gerechtigkeit allen Personen, ohne Rücksicht auf die Hautfarbe, gewähren, wenn das nicht schon gethan worden ist. Wir sollten nicht an der Republik verzweifeln. Mein Vertrauen ist stark, mein Glaube ungeschwächt, den ich in die Weisheit, die Tugend, die Intelligenz und die Großherzigkeit der Massen des Volkes setze; und ich bin überzeugt, daß deren endgütige Entscheidung — von Leidenschaften und Vorurtheilen, die der Bürgerkrieg erzeugt hat, unbeeinflußt — für die vollkommene Wiederherstellung der Union durch Zulassung der loyalen Senatoren und Repräsentanten von allen Staaten zu den respectiven Häusern des Congressen der Ver. Staaten ausfallen wird.

Andrew Johnson.

Zehntes allgemeines Sängerfest.

Philadelphia, 15. Oct. 1866.

An die Gesangvereine des nord-östlichen Sängerverbands der Vereinigten Staaten, und alle welche sich am Feste betheiligen wollen.

Die Vorbereitungen zu dem im Juli 1867 in Philadelphia abzuhaltenden 10ten allgemeinen Sängerfest, sind soweit vorgeschritten, daß sich die Delegation mit einer herzlichen und freundlichen Einladung an die auswärtigen Gesangvereine wenden kann; mit der Bitte durch zahlreiche Betheiligung ihre Scherflein zum Gelingen des Ganzen beizutragen.

Da die Delegation von der Absicht beseelt ist, das Fest für eine allen theilnehmenden Sängern schmeichelhafte Weise zum Abschluß zu bringen, und zur Erreichung dieses Zweckes ein nicht hinlängliches Einstudiren der gemeinschaftlichen Chöre hinderlich sein muß, so beschloß die Delegation nur bis zum 15. Novbr. l. J. Anmeldungen anzunehmen, und zwar mit genauer Angabe der Zahl der theilnehmenden Mitglieder, damit sofort die nöthigen Musikalien versandt werden können.

Anmeldungen mit Hinzufügung einer genauen Adresse werden vom Unterzeichneten entgegengenommen.

Im Auftrage der Delegation des 10ten allg. Sängerfestes
mit Sängergruß

J. H. Herbert,
505 Chestnut Street, Philadelphia, Pa.

Aus Europa.

Der preußisch-sächsische Friedens-Vertrag.

Folgendes sind die Hauptpunkte des sächsisch-preußischen Friedensvertrages: Sachsen wird in den norddeutschen Bund eintreten. Das sächsische Heer wird reorganisirt werden, sobald die Bedingungen vom norddeutschen Bunde festgestellt worden sind. Die Festung Königstein und Dresden werden eine beständige Garnison haben. Preußen wird die Garnison für andere sächsische Städte stellen, bis die Organisation der sächsischen Armee stattgefunden hat. Die sächsischen Truppen, die im Begriff stehen, in ihre Heimath zurückzukehren, werden unter das Commando des preußischen Obergenerals in Sachsen gestellt werden. Die Kriegsentschädigung, die Sachsen zu zahlen hat, ist auf 10 Mill. Thaler festgesetzt; eine Million wird davon wegen der Abtretung der Löbau-Görlitzer Eisenbahn an Preußen, abgezogen werden."

Preußen tritt in den ausschließlichen Besitz der sächsischen Telegraphendrähte. Personen, die sich im Verlaufe des Krieges politisch compromittirt haben, werden auf Grund dessen nicht belästigt werden. Sachsen wird seine diplomatische Vertretung im Einklang mit der für den ganzen norddeutschen Bund aufgestellten Grundlage regeln.

Der König und die Königin von Sachsen waren nach Dresden zurückgekehrt und wurden in enthusiastischer Weise aufgenommen. Der König hatte eine Proclamation erlassen, worin er dem Volke für seine Treue dankte, es seiner fortdauernden Zuneigung versicherte, und seine besten Anstrengungen versprach, um seine Wohlfahrt zu fördern. Er erklärt schießlich, daß er sich der neuen Confoderation mit gleicher Treue hingeben werde, wie er sie dem alten Bunde bewiesen und daß er sich auf's Aeußerste bemühen wolle, das neue Bündniß zu einem segensreichen zu machen.

Oestreich.

Die „London Times" deutet auf die Möglichkeit einer weiteren Gebietsabtrennung von Oestreich hin. Es heißt, daß Rußland mit den dem griechischen Glaubensbekenntniß angehörigen Sklaven, die in einer Anzahl von etwa drei und einer halben Million in Ungarn und anderen Provinzen zerstreut seien, Intriguen angezettelt habe. Selbst die deutschen Provinzen seien nicht sicher vor der Anziehungskraft, welche Baiern und Würtemberg in den preußischen Bund hineinführe, und wenn zur selben Zeit eine orthodoxe Propaganda in Thätigkeit gesetzt werde, so könne der Auflösungsprozeß ein sehr rascher sein.

Süd-Deutschland.

Oscar Becker, der vor fünf Jahren in Baden-Baden ein Attentat auf den damaligen Prinzregenten von Preußen unternommen und deßhalb vom Schwurgerichtshof in Bruchsal zu einer zwanzigjährigen Zuchthausstrafe verurtheilt worden war, ist vom Großherzog von Baden begnadigt worden.

Per atlantischen Telegraph.

Frankreich.

Paris, 10. Nov. Zweiundzwanzig Mitglieder einer geheimer politischen Gesellschaft sind in Paris verhaftet worden.

England.

London, 10. Novbr. Bei einem kürzlich stattgefundenen Bankett that Lord Derby, der englische Premierminister, Amerikas freundlicher Erwähnung und hoffte, daß irgend eine Frage zwischen den Ver. Staaten und Großbritannien in nachgiebiger und versöhnlicher Weise in Betracht gezogen, alle bitteren Gefühle dadurch beseitigt und die Freundschaft beider Nationen fester geschlossen werden möge.

Die große Reform-Versammlung soll am 3. Dezember in London statt finden.

London, 11. Novbr. Das Parlament ist wieder vertagt worden.

Rußland.

St. Petersburg, 10. Nov. Der Czarowitz und die Prinzessin Dagmar wurden gestern unter großartigen Feierlichkeiten und allgemeinem Jubel in der ganzen Stadt ehelich verbunden.

Der Czar verminderte bei der Gelegenheit die Strafurtheiie einer großen Anzahl von Gefangenen und ließ rückständige Steuern nach.

Palästina.

London. 11. Novbr. Es sind Nachrichten hier eingetroffen, daß die Barke Nellie Chapin mit 150 Amerikanern von Jamesport, Maine, die sich in Palästina ansiedeln wolleu, in Jaffa eingetroffen ist.

Die bedrohliche Lage Europa's

Die Verwickelung der politischen Lage Europa's war seit langer Zeit nicht so groß und so sehr jeder Entwirrung und Auflösung trotzend, wie gerade jetzt — und daher ist auch niemals die Gefahr näher gewesen, als gerade in dieser Zeit nach dem geschlossenen Frieden, daß der große gordische Knoten der neuen Politik u. der neuen Karte Europa's durch das Schwert zerhauen werde.

Fast alle Groß und Kleinmächte rüsten sich, theils um neue Erwerbungen zu machen, theils um ihren jetzigen Besitzstand zu behaupten.

Der Ausbruch des wirklichen Kampfes wird auch nicht lange mehr auf sich warten lassen und deuten alle Anzeichen darauf hin, daß der Anfang wiederum auf deutschem Boden gemacht werden wird.

Aus Oesterreich nämlich erfährt man übereinstimmend von allen Seiten, daß dort auf nichts Anderes hingearbeitet wird, als einen neuen Kampf mit Preußen zu beginnen und demselben die Früchte seiner Siege wieder abzunehmen. Zu diesem Zwecke hat die österreichische Heeresverwaltung jetzt zu dem System gegriffen, welches Preußen im Jahre 1808 anwenden mußte, als die Zahl seiner Truppen durch die Franzosen auf ein Minimum herabgesetzt war.

Man kleidete damals Rekruten ein, um sie in größter Eile auszuerexziren, dann wieder zu entlassen und Andere an ihrer Stelle einzureihen. Die schnelle Ausbildung dienstüchtiger Leute, nachdem unmittelbar vorher Friede geschlossen worden, zeigt an sich schon, was von diesem Frieden in Oestreich gehalten wird; noch viel deutlicher aber sagt es der Ton der Zeitungspresse, welche nur Regierungsansichten ausdrücken darf — und sagt es ferner die Thatsache, daß österreichische Offiziere mit des Kaisers stiller Zustimmung ganz direkt ihre Hoffnungen auf einen bessern Ausgang eines neuen Kampfes aussprechen, und daß auch die Bevölkerung, namentlich in Wien, und die Armee überhaupt in diesem Sinne sich vernehmen läßt. Aus den von Preußen annectirten deutschen Staaten kommt diser Stimmung Oesterreichs eine kaum weniger preußenfeindliche öffentliche Meinung entgegen.

Preußen andrerseits hat noch nicht den geringsten Schritt gethan, seine Armee auf den Friedensfuß zu setzen. Im Gegentheil behaupten Wohlunterrichtete, daß in den preußischen Zeughäusern und Arsenalen noch nie größere Thätigkeit geherrscht hat, wie bisher, und daß die massenhafte Anhäufung von allerei Kriegsmaterial an's Unglaubliche gränzt. Auch von ganz neuer Verbesserung der preußischen Kanonen werden geheimnißvolle Winke gegeben, wonach diese Waffe der Artillerie der übrigen Mächte so überlegen werden solle, wie das preußische Zündnadelgewehr den gewöhnlichen Musketen. So sind also beide Parteien entschlossen und fast bereit, einen neuen Krieg anzufangen, und an einer äußeren Veranlassung, dazu wird es um so weniger fehlen, da außer den materiellen Kriegsrüstungen auch noch andere gemacht werden, welche ihrer Natur nach Mißtrauen, Haß und Streit erzeugen müssen. Diese anderen Kriegsrüstungen sind uämlich die Bündnisse mit Staaten, welche jede Seite für sich gewinnen will. Dabei will natürlich Jeder den Anderen überbieten in Dem, was er von seines Gegners Provinzen dem zu gewinnenden Freunde offerirt.

Da nun diese diplomatischen Intriguen fast niemals so geheim gehalten werden können, daß die Gegenpartei nichts davon erfährt, so sind sie die fruchtbarste Quelle, um einen causus belli und einen Krieg herbeizuführen. Napoleon, der noch vor Kurzem den ganzen Streit in einer Europäischen Conferenz hätte ersticken können, ist frank — und moralisch so darniedergedrückt durch seine politischen Niederlagen in Mexiko und in Europa, und so in den Schatten gestellt durch die preußische Militair Macht, daß von ihm nichts mehr zu erwarten steht, als daß er die nächste Gelegenheit ergreifen wird, die Superiorität der französischen Kriegsmacht darzuthun. Darum, wohin man blickt in Europa, nichts als Verwirrung für den Augenblick und die Lösung durch das Schwert in naher Zukunft.

Eine Familie von Selbstmördern. — Kürzlich fand die Polizei in Paris die Leichen dreier junger Mädchen, welche ihrem Leben durch Kohlendämpfe ein Ende gemacht, in einem der alten Häuser der Rue Beautreillis. Es stellte sich dabei heraus, daß die ganze Familie, welcher die drei unglücklichen jungen Mädchen angehört, mit der Selbstmordmanie behaftet gewesen. Der Vater hatte sich in Folge fehlgeschlagener Handelsspeculatiou von dem Thurme St. Jacpues heruntergestürzt. Sein Sohn hatte sich als Soldat anwerben lassen und sich kurze Zeit nach seinem Eintritt in dem selbstgewählten Beruf erschossen. Eine der Töchter, Namens Eugenie, hatte mehrere Versuche gemacht, sich das Leben zu nehmen, und war deshalb in die Irrenanstalt zu Charenton gebracht worden. Nach einiger Zeit nahm die Mutter auf Versicherung des Irrenarztes, daß ihre Tochter als geheilt zu betrachten sei, dieselbe wieder zu sich nach Hause. Kaum waren vierzehn Tage vergangen, so benutzte Eugenie, als sie eines Tages mit ihren beiden Schwestern allein war, die Gelegenheit, um sie für ihre Ansichten über Leben und Tod zu gewinnen. Die Folge hiervon war, daß sie alle drei ausgingen, Holzkohlen kauften und dann in ihre Zimmer zurükehrten. Als die Mutter nach Hause kam, fand sie ihre sämmtlichen drei Töchter mit ihren besten Kleidern angethan neben einander liegend und — todt!

* Die Einnahmen der Eisenbahnen Englands betragen 250 Millionen Dollars, und die der Londoner Omnibusse 2½ Millionen.

Locale Neuigkeiten.

Lancaster, Pa.

Donnerstag, November 15, 1866.

Der neue Coroner und seine Deputirten. — Capt. Geo. Leonard, der neuerwählte Coroner von Lancaster County hat sein Amt angetreten, und folgende Herren als Deputirte ernannt:

M. W. Smith, für Conoy und West Donegal Township.

John Aurer, Esq., Marietta Borough und East Donegal Township.

Peter Brunner, Mount Joy Borough und Nachbarschaft.

Daniel Balmer, Elisabethtown Borough und Nachbarschaft.

Samuel Evans, Esq., Columbia und Washington Boroughs.

Henry S. Slauch, Esq., Warwick, Clay und Elisabeth Townships.

Major W. H. Spera, Ephrata, Ost und West Cacalico Townships.

Absalom Birler, Ost Earl, Cärnarvon und Brecknock Townships, und Adamstown Borough.

A. G. Groff, Esq., Earl und West Earl Townships.

Abraham Bair, Esq., Leacock, Ober Leacock und Paradise Townships.

A. B. Ayers, Salisbury und Sadsbury Townships.

James Hanna, Esq., Fulton und Little Britain Townships.

William H. Potts, Drumore Centre und Nachbarschaft.

John B. Heß, Mount Nebo und Nachbarschaft.

Hugh O'Nail, Rawlinsville und Nachbarschaft.

Amos Groff, Eden und ein Theil von Strasburg und Providence Townships.

Für Manheim Borough, Penn und Rapho Townships sind noch keine Ernennungen gemacht.

Friedensrichter sind nicht authorisirt, innerhalb 10 Meilen von der Wohnung eines rechtmäßigen Deputirten. Leichenschau zu halten.

Ver. Staaten Gehüfs-Assessoren. — D. A. Brown, Esq., hat folgende Gehülfs-Assessoren für diesen Distrikt ernannt:

Div. 1. — Nordost und Nordwest Wards und Lancaster Township—Samuel Martin.

Div. 2. — Südost und Südwest Wards und West Lampeter Township—James McGonigle.

Die. 3. — Elisabethtown Borough, Marietta Borough, und Ost- und West Donegal Townships—Sebastian Keller, Elisabethtown P. O.

Div. 4. — Mount Joy Borough, Manheim Borough, und Mount Joy und Rapho Townships—H. Austin Brady, Mount Joy P. O.

Div. 5. — Earl, Ost Earl und Ober- und Unter Leacock Townships—W. Scott Yundt, New Holland P. O.

Div. 6. — Warwick, Elisabeth, Clay, West Earl, Manheim und Penn Townships—J. H. Smith, Litiz P. O.

Div — 7. Ost Hempfield, Manor, Conestoga und Pequea Townships—J. R. Larr, Millersville P. O.

Div. 8. — Little Britain, Fulton, Drumore. Providence und Martic Township—P. W, Housekeeper, Chestnut Level P. O.

Div. 9. — Salisbury, Sadsbury, Paradise und Ost Lampeter Townships—Thomas A. McIlvain, Gap P. O.

Div. 10. — Colerain, Bart, Eden und Strasburg Townships und Strasburg Borough—Thos. Chamberlain.

Div. 11. — Columbia Borough und West Hempfield Township—W. Hays Grier, Columbia P. O.

Div. 12. — Brecknock, Ost- und West Cocalico, Ephrata und Cärnarvon Townships und Adamstown Borough—Martin H. Fry.

Gute Nachrichten. — Der Philadelphia „Ledger" erfährt aus New-Yorker Quellen den Zusammenbruch mehrerer spekulativer Bewegungen in jener Stadt, deren Zweck es war, die Preise der Lebensmittel in die Höhe zu treiben, und daß dieser Fehlschlag bereits ein höchst erfreuliches Sinken der Preise zur Folge hatte. Gesalzenes Schweinefleisch (Pork) ist um 4 Dollars per Barrel gefallen, Waizen von 5 bis 8 Cents per Bushel und Korn um 8 Cents per Bushel, und wie gemeldet wird, finden sich selbst zu diesem reduzirten Preise die Käufer nur sparsam ein.

Ein neuer Schwindel. — Wir erfahren, daß gut gekleidete, glattzüngige Taugenichtse im Lande umherziehen, mit einem Muster von einem Heu- und Düngerlader, womit sie die Bauern auf das Unverschämteste anschmieren. Ihr Operationsplan ist folgender: Sie suchen die vornehmsten Bauern auf, zeigen ihr Modell oder Muster vor, verkaufen ein Farm Recht für den Gebrauch desselben und geben eine Order auf ein Manufaktur-Etablissement, wo sie einen Contrakt für die Verfertigung des Ackergeräths zu haben vorgeben, wofür sie im Austausch die Note des Bauers empfangen, die sie sofort für ein Disconto zu Gelde und sich selbst mit demselben aus dem Staube machen. Wahrscheinlich werden manche der Patentrecht-Verkäufer auch unser County heimsuchen; daher sollten Bauern auf der Hut sein, um sie zu entlarven.

Mündliche Contrakte gelten nichts. — Vor der Supreme Court zu New-York wurde vor einigen Tagen die Klage John Vogel's gegen Gottlieb Vogel und dessen Frau verhandelt. Kläger trat 1861 in die Armee ein und fertigte bei dieser Gelegenheit eine Urkunde aus, wodurch er dem Verklagten sein Grundeigenthum auf Long Island übertrug. Daran will er die mündliche Bedingung geknüpft haben, daß das Eigenthum im Falle seiner Rückkehr aus dem Krieg wieder ihm gehören solle. Kläger kehrte 1862 zurück und wollte sein Eigenthum wieder haben, und Beklagten verweigerten sich aber, es herauszugeben, und wollen dazu triftige Gründe haben, indem der Kläger eine entsprechende Geldsumme von ihnen erhalten hatte. Jedenfalls bestreiten sie die mündliche Uebereinkunft, und der Richter mußte, in Ermangelung jedes Beweises für die Behauptung des Klägers, die Klage abweisen.

Falsche ein Dollar-Greenbacks, deren Aussehen ganz dazu geschaffen ist, die Leute anzuführen, sind im Umlauf. Sie sind so geschickt nachgemacht, daß selbst Geldkenner, besonders bei'm Lichte, getäuscht werden können. Sie sind höchstens daran kenntlich, daß das Gesicht des Chief Justice Chase, welches sich als Vignette auf ihnen befindet, etwas runzeliger ist als auf den ächten Noten. Man hüte sich vor Schaden.

Aufgepaßt. — Falsche zwei Dollar-Greenbacks sind im Umlaufe. Sie sind übrigens so stümperhaft ausgeführt, daß ein nur einigermaßen erfahrenes Auge den Betrug leicht entdecken kann.